

Herrn
Michael Kellner MdB, Generalsekretär
Geschäftsstelle
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Mannheim, den 29.11.2021

Koalitionsvertrag SPD / Bündnis-90DIE GRÜNEN / FDP

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für die Antworten auf die Fragen, die wir in den Wahlprüfsteinen der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) von Ihrer Partei erhalten hatten, danken wir Ihnen. Insbesondere Ihre Antwort auf die Fragen 2 und 3 führte zu der Erwartung, dass das Thema „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte nachträgliche und rückwirkende und Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ Bestandteil des Koalitionsvertrages zur 20. Legislaturperiode wird.

Nachdem der nun vorliegt, stellen wir zu unserem Bedauern fest, dass das – wie auch in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden – wiederum nicht der Fall ist.

Wir erinnern daran, dass die Bundestagsfraktion der Grünen sich bisher, insbesondere mit dem Antrag 17/6108, sehr engagiert für eine Lösung des Konfliktes eingesetzt hatte. Wir wissen auch, dass alle bisherigen parlamentarischen Initiativen zur politischen Rehabilitierung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft Freigekauften am Widerstand der CDU und der unionsgeführten Bundesregierung gescheitert sind.

Die nun vorhandenen Mehrheitsverhältnisse bieten die Möglichkeit, endlich die bisherige Blockade zu überwinden und damit gleichzeitig die über mehrere Legislaturperioden verwaltete politische Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge zu tilgen.

Sie hatten in der Antwort zu den Wahlprüfsteinen geschrieben: *„Die Forderungen der ehemaligen DDR-Geflüchteten bleiben weiterhin auf unserer Tagesordnung. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Thema im Koalitionsvertrag gewürdigt und das Problem gelöst wird“*.

Dass die Forderungen der DDR-Geflüchteten weiterhin auf Ihrer Tagesordnung bleiben werden, glauben wir Ihnen gern. Wir stellen nur mit Verwunderung und Enttäuschung fest, dass die Verankerung des Themas im Koalitionsvertrag nicht gelungen ist.

Mit der von UOKG, VOS und IEDF im April 2018 eingereichten Petition/Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 „*Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR*“ ist die politische Substanz der Forderungen der IEDF umschrieben. Die Beschwerde liegt seit April auf dem Tisch des Petitionsausschusses.

Es ist notwendig, noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, dass es hier nicht um eine Ermessensfrage, sondern, wie es ein namhafter Verfassungsrechtler einmal formuliert hat, um ein evidentes Rechtsstaatsproblem geht.

Es ist zu hoffen, dass es den GRÜNEN gelingt, das Thema „DDR-Geflüchtete“ auf die Agenda der politischen Verantwortungsträger zu setzen, auch ohne dass es ausdrücklich im Koalitionsvertrag steht.

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)